

Werner Schniedermann, KolpingInitiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Everswinkel
Katholische Soziallehre konkret: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
Ziel und Aktivitäten der Kolping/KAB/KFD-Initiative und politische Reaktionen

Die gute Nachricht vorab:

fast alle Parteien haben die **Stärkung der Tarifbindung in ihr Wahlprogramm** aufgenommen.

Wir, die Kolping-, KAB und KFD-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, sind sehr froh, dass die Parteien damit unser Anliegen aufgreifen, das ausufernde Lohndumping in Deutschland zu unterbinden. - endlich!

Wieso ist das so wichtig?

Wie ein **Krebsgeschwür** wuchert **Lohndumping** in den Arbeitsmarkt. **Nur noch 1/3 der Beschäftigten werden laut BertelsmannStiftung nach Tarif bezahlt**, vor 20 Jahren waren es noch 2/3. Betroffen sind besonders vormals öffentliche Dienstleistungsbranchen:

Beispiel Fleischindustrie:

dort wird hoffentlich jetzt wenigstens Mindestlohn bezahlt, aber Mindestlohn kann nur eine Notlösung sein. Er macht häufig den Mindestlohn zum Normallohn und höhlt den Tariflohn von unten aus. Ein Metzger in dänischen Schlachthöfen wird für die Schwerstarbeit mit über 20€ entlohnt; in Deutschland erhält er die Hälfte. Die Dänen und Belgier beschwerten sich über das Wettbewerb verzerrende Lohndumping in Deutschland bei der EU-Kommission, denn in den Nachbarländern muss nach Tarif bezahlt werden - ohne Erfolg. Daraufhin kaufte sich Dänisch Crown in deutsche Schlachthöfe ein. Folge: Lebendtransporte von Schweinen in das Lohndumpingparadies Deutschland. Das ist weder für die Tiere noch für die Menschen gut!

Beispiel Weiterbildung:

ausgerechnet die Agentur für Arbeit hier in Ahlen ließ es zu, dass Anbieter ohne Tarifbindung der Kreishandwerkerschaft Steinfurt /Warendorf Kurse für Schwervermittelbare abjagte. Die Mitarbeiter der Kreishandwerkerschaft, Meister und Sozialarbeiter, die zuvor 3600 € verdienten, mussten entlassen werden und konnten beim neuen Anbieter für 2400 € wieder anfangen. Hiesige Politiker erhoben im Verwaltungsrat der Agentur für Arbeit nicht ihre Stimme.

Beispiel Verkehr:

Münsterländischen Busunternehmen wurden vom hiesigen kommunalen Regionalverkehrsbetrieb animiert, „unternehmerisch zu handeln“ und aus dem Tarif auszusteigen. Das haben dann doch wenige Kommunalpolitiker verhindert - viele, auch Landräte schauten weg. Inzwischen gibt das NRW-Tariftreugesetz bei öffentlichen Vergaben zumindest eine Handhabe, gegen wettbewerbsverzerrendes Lohndumping vorzugehen. Wir sind sehr froh, dass wir während der Koalitionsverhandlungen die FDP überzeugen konnten, diese Gesetz zwar zu entschlacken, aber nicht zu kippen.

Die Beispiele lassen sich endlos fortsetzen: Pflege, Bahn, Post Handel...REWE schrieb uns, dass sie wieder nach Tarif zahlen würden, wenn die Wettbewerber es auch müssten. Letzte Woche in FONTAL 21 Beispiel aus der Logistikbranche: bei der Verteilung der Amazon Pakete herrschen bei den Subunternehmern ähnliche sklavenartige Zustände wie im System Fleischindustrie.

Die Folgen sind dramatisch:

dem **Minilohn** folgt **Minirente**, folgt **Armut**, folgt **öffentliche Armut**

2/3 der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegen unter 30 000 € Jahreseinkommen, macht 2500 € im Monat, ca 15 € die Stunde, bringt eine Rente auf Grundsicherungsniveau. Wer also heute unter 15 € verdient, wird im Alter zum Aufstocker. Muss der Staat den Ausgleich künftig finanzieren, fehlt das Geld für Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz.

Aufgrund der oben beschriebenen Vorkommnisse im Münsterland drängt seit über 11 Jahren die in Everswinkel gestartete Basisinitiative der Kolpingfamilie „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ die heimischen Abgeordneten und die Fachpolitiker in Berlin und Düsseldorf zu gesetzlichen Initiativen gegen Lohndumping.

Wie reagierte die Politik auf unsere Initiative?

Viele Politiker, **tauchten nach freundlichen Gesprächen ab**. „Das erledigt der Markt,“ „im Bundestag nicht mehrheitsfähig“, „das ist Sache der Tarifpartner“, bekamen wir zu hören. Stimmt! Es ist Sache der Tarifpartner und soll es auch bleiben. Aber wenn diese Tarife nicht angewendet werden müssen, werden tarifzahlende Wettbewerber aus dem Markt gekickt.

Im letzten Jahr plopten die unerträglichen Arbeitsverhältnisse in der Fleischindustrie endlich in den Medien auf - auch die Medien haben ja jahrelang weggesehen. Wir nutzten den Hype, **verbündeten uns mit der KAB und KFD** und schrieben einen **Brandbrief „Lohndumping nicht nur an Schlachthöfen“** an die 100 heimischen Abgeordnete im Bistum Münster und an einige Fachabgeordnete in Berlin und Düsseldorf. 8 (!) heimische Abgeordnete reagierten, einige halfen uns aktiv.

Für die **CDU** vermittelten **Hennig Rehbaum** uns Kontakte an die Fachpolitiker der Partei und an Armin Laschet; das gleiche geschah durch Maria **Klein-Schmeink für die Grünen**. Die Linken äußerten sich schriftlich positiv. Höchst erfreulich verlief ein Gespräch mit Bundesarbeitsminister **Hubertus Heil**. Der Parteivorsitzende der CDU **Armin Laschet** schaltete sich persönlich ein und teilte uns mit: „Wir werden die Tarifpartner bei Ihrer Aufgabe, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen ... flankierend unterstützen und dort, wo es nötig ist, auch gesetzlich eingreifen. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. Diese Instrumente werden wir stärken.“ Endlich, endlich ein Durchbruch - auch in der CDU, die in dem Punkt lange das „C“ vergessen hatte.

Beim **Start unserer Initiative vor 11 Jahren** glaubten wir naiv, die Politik würde unser Anliegen rasch aufgreifen und Lohndumping durch Tarifrucht zu beenden, denn die Missstände und ihre dramatischen Folgen waren offensichtlich. Aber **zunächst geschah fast nichts**. Es gelang uns auch nicht, in den Medien Gehör zu finden, außer auf den Lokalseiten, deren Redakteure über unser Aktionen wacker berichteten.

Wir machten genau die Erfahrung, die die Publizistin **Julia Friedrich** in ihrem Buch „working class“ beschreibt: (Klappentext) Frau Friedrich „begleitet Menschen, die dachten, dass Arbeit sie durchs Leben trägt, die reinigen, pflegen, Pakete austragen und jetzt merken, dass es doch nicht reicht und fürchten, im Alter arm zu sein. Sie sind **die ungehörte Hälfte unseres Landes**“. Unsere Erfahrung: zu viele in Wirtschaft, Politik und Medien haben die Bodenhaftung verloren, und nehmen die Abstiegsängste vieler Menschen nicht wahr. Politisch ist das brandgefährlich.

Sarah Wagenknecht beschreibt in ihrem Buch. „Die Selbstgerechten“: „Urban, divers, kosmopolitisch, individualistisch - linksliberal ist für viele heute eine Lifestylefrage: **Gendersternchen, statt Tariflohn** für die Verkäuferin an der Kasse. Politische Konzepte für Zusammenhalt bleiben auf der Strecke.“

Der CDU-Sozialpolitiker Professor **Matthias Zimmer** beschreibt in seinem Buch „Person und Ordnung“ den historischen Glücksfall, dass in der Nachkriegszeit die **Symbiose von Ordoliberalismus** und Katholischer Soziallehre prägend für die Soziale Marktwirtschaft wurde. Diese drängt darauf, soziale Schieflagen erst gar nicht entstehen zu lassen. Innerhalb gesetzlicher Leitplanken - faire Regeln für alle Unternehmen, wie eine verpflichtende Tarifbindung - kann sich dann der Wettbewerb frei entfalten und führt zu „Wohlstand für alle“, wie Ludwig Erhard schrieb. Übrigens wurde der renommierte Sozialpolitiker Zimmer von der CDU in seinem Wahlkreis Frankfurt nicht wieder aufgestellt.

Denn auch im konservativ-liberalen Lager findet ein schleichender Paradigmenwechsel statt. Seit Jahren erleben wir eine **schizophrene Ordnungspolitik**: einerseits lassen wir eine von der Realität völlig abgehobene **Regelungswut im Detail** von Ministerien und Behörden zu, überwachen zum Beispiel penibel Arbeitsschutz und Hygienevorschriften in den Schlachthöfen; andererseits kümmern wir uns nicht darum, wenn deren Beschäftigten keine Tariflöhne erhalten. Wir **überlassen strukturelle Probleme wie Lohngerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, Wohnungsnot, Glasfasernetze... der fast religiös überhöhten „unsichtbaren Hand des Marktes“**, die es richten soll: Tut sie auch, aber nur zugunsten einiger. **Durch Lohndumping mitverursachte Löcher in der Rentenkasse** versucht die Politik nachträglich mit Steuermitteln zu stopfen. So wird die Grundrente indirekt zur nachträglichen Subventionierung des Niedriglohns. Schon heute verschwindet 1/3 des Bundeshaushaltes in der Rentenkasse. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Vonnöten ist ein grundsätzlicher Wechsel der Strategie. **Die Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sollten den Lebensunterhalt, Gewinne, Löhne, Renten grundsätzlich selber erwirtschaften**, wie in der Schweiz. Hohe Löhne, hohe soziale Sicherheit bewirken höhere Preise. Aber, was ist denn dabei, wenn die Menschen wohlmöglich etwas mehr für Fleisch zahlen, dafür aber ein gutes, gesichertes Einkommen haben. Der Staat sollte nur in Ausnahmefällen helfen.

Nur in Deutschland ist es legal, dieses Subsidiaritätsprinzip, ein wesentlicher Bestandteil der Katholischen Soziallehre, durch Tariffucht von Unternehmen systematisch auszuhöhlen. **Wenn die Sozialpartnerschaft ausgehöhlt ist - und das muss man bei 1/3 Tarifbindung feststellen - dann ist in Folge eine der tragenden Säulen der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet, und damit unser politisches System.** Der aus Polen stammende Präses unserer Kolpingfamilie in Everswinkel, Pawel Czarnecki, berichtete, dass die neoliberale Regierung Tusk die Tarifbindung aufgehoben hatte, die Löhne sanken massiv ab. Die Rechten gewannen die Wahlen auch deshalb, weil sie die Tarifbindung wieder einführten. Wir wissen in Deutschland doch, dass die Kombination von „national“ und „sozial“ gefährlich werden kann.

Und die Katholiken?

Zum Ende des 19. Jahrhunderts, in der Weimarer Republik und in der frühen Bundesrepublik war **der deutsche Katholizismus durch das Zusammenwirken von Unternehmern, Sozialverbänden, Politikern und Geistlichen zusammen mit der Sozialdemokratie und später dem Ordoliberalismus, zur gestaltenden Kraft der Sozialen Marktwirtschaft geworden.**

Und heute? Bischof Felix Genn hat vor kurzem angesichts der Kirchenaustritte formuliert: „Die Menschen erkennen nicht mehr, dass das Christum für ihr Leben Relevanz haben könnte“. Wir sind von Skandalen und Unvermögen gelähmt, **wir beschäftigen uns in erste Linie mit uns selber, wie die Jünger vor dem Pfingstereignis - auch auf dem Synodalen Weg.** Übrigens: das war bei der Amazonas-Synode anders, dort standen Mensch und Natur im Mittelpunkt und nur ein Themenkreis befasste sich mit innerkirchlichen Strukturfragen - ging auch in den Medien völlig unter. Selbstverständlich müssen verkrustete Strukturen in der Kirche verändert werden, aber zum Christsein reicht das nicht. Jesus mahnt uns in den Evangelien sehr eindringlich, uns mit den Nöten der Menschen zu befassen. In der Lesung des letzten Sonntags rief uns der Apostel Jakobus zu: „Werdet Täter des Wortes und nicht nur Hörer“. Immerhin: die Leitung des Bistums Münster unterstützt unser Anliegen, dafür sind wir sehr dankbar. Aber auf Bundesebene hat man uns in den kirchlichen Institutionen in die Watte laufen lassen, auch bei einigen Laienorganisationen. Kardinal Marx hat vor kurzem davon gesprochen, dass unsere Kirche an einem toten Punkt sei. Er greift damit einen Satz des Jesuiten Alfred Delp auf, den die Nazis umbrachten, und der drastisch weiter formulierte: „Es wird kein Mensch an die Botschaft von Jesus Christus mehr glauben, solange wir Christen uns nicht blutig geschunden haben im Dienste am Menschen“. „Blutig schinden“, das muss in einem demokratischen Staat nicht mehr sein. Es würde schon viel bewirken, wenn wir Christen wieder Täter des Wortes Jesu würden, wenn wir uns von den Enzykliken von Papst Franziskus „Laudatio si“ und „Fratelli Tutti“ anspornen ließen, wenn wir uns wie im 19. und 20. Jahrhundert wieder vernetzten um konkretes Handeln gegen **Ausbeutung von Natur und Mensch auf die politische Agenda** zu drücken.

Die Katholische Soziallehre ist Ideengeber für die Soziale Marktwirtschaft und Impfstoff gegen Radikalisierung. Unser Appel richtet sich also zunächst an uns selber, dann aber an die Politik, etwas zu tun.

So fordert die Kolping-Initiative, KAB und KFD „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ Gesetzesinitiativen, die sicherstellen,

dass von den Sozialpartnern Arbeitgebern und Arbeitnehmern autonom ausgehandelte Branchentarifverträge verbindlich für alle Arbeitnehmer gelten, auch für Werkverträge und Leiharbeit,

dass öffentliche Vergaben nur noch an tarifzahlende Unternehmen erfolgen,

„Equal pay“ für Frauen.

